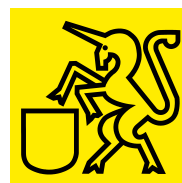




7. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 6. März 2023, 19:00 Uhr bis 20:27 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Cornelia Schwarz (SVP), Gemeinderatspräsidentin
Anwesend	35 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Stefan Angliker (FDP) Leandra Columberg (SP) Bruno Eggenberger (Die Mitte/EVP) Marco Lang (Die Mitte/EVP) Roland Wüest (SP)
	Stadtpräsident André Ingold (SVP) Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)
Protokoll	Edith Bohli, Gemeinderatssekretärin
Stimmenzählende	Alexandra Freuler (SP) Oliver Kellner (GP) Christian Meyer (glp/GEU)



Traktanden

1. Mitteilungen
2. IMWIL Alters- und Spitexzentrum, Erneuerung der Wärmeerzeugung der Häuser E, B und C sowie Sanierung der Regulierung und der Unterstationen
GR Geschäft Nr. 41/2022
3. Verordnung über den kommunalen Mehrwertausgleichfonds – Erlass
GR Geschäft Nr. 16/2022
4. Teilrevision Kommunalen Richtplan «Verkehr» und Aufhebung «Teilrichtplan für das Bahnhofgebiet» zwecks neuem Bushof und Verbreiterung Personenunterführung Bahnhof Dübendorf
GR Geschäft Nr. 24/2022
5. Parlamentarische Initiative Orlando Wyss (SVP) «Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates» / Begründung und Überweisung
GR Geschäft Nr. 3/2023
6. Parlamentarische Initiative Orlando Wyss (SVP) «Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats – Geschäftszuweisung» / Begründung und Überweisung
GR Geschäft Nr. 4/2023

1. Mitteilungen

Die Gemeinderatspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP) begrüsst alle Anwesende sowie das Publikum am Livestream zur 7. Sitzung des Gemeinderates in der Legislaturperiode 2022-2026.

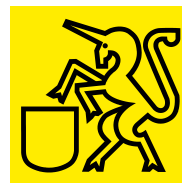
Die Einladung zur heutigen Sitzung mit der Traktandenliste ist gemäss Artikel 46 von der Geschäftsordnung vom Gemeinderat rechtzeitig verschickt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht worden. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden.

Nicht traktandiert ist für diese Sitzung die Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung vom 6. Februar 2023, da dieses vor zwei Wochen bei der Aufschaltung der Traktandenliste noch nicht vorgelegen ist. Das Protokoll ist nun auf der Website und in der Sitzungsapp ersichtlich und wird somit an der nächsten Gemeinderatssitzung zur Genehmigung traktandiert.

Da es keine Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt, gilt diese als genehmigt.

Für die Sitzung haben sich Stefan Angliker (FDP), Leandra Columberg und Roland Wüest (beide SP), Bruno Eggenberger und Marco Lang (beide die Mitte/EVP) entschuldigt. Es sind somit 35 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Vom Stadtrat haben sich der Stadtpräsident André Ingold (SVP) und der Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU) abgemeldet.



Gemeinderatspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP) verabschiedet Valeria Rampone (glp/GEU), die per Ende März 2023 ihren Rücktritt aus dem Gemeinderat erklärt hat:

"Es ist heute die letzte Sitzung unseres langjährigen Gemeinderatsmitgliedes Valeria Rampone von der glp/GEU. Valeria ist am 2. Juli 2001 in den Gemeinderat nachgerückt.

In diesen fast 22 Jahren hat sie diverse Funktionen im Gemeinderat ausgeübt, so war sie drei Legislaturen lang Mitglied bzw. Präsidentin der Bürgerrechtskommission.

Valeria war auch einige Jahre Mitglied im Büro des Gemeinderates und im Amtsjahr 2007/2008 Gemeinderatspräsidentin. Seit 2014 war Valeria Mitglied in der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte.

Valeria für diesen grossen Einsatz danken wir dir ganz herzlich und wünschen dir für deine Zukunft alles Gute und freuen uns, dich bei anderer Gelegenheit wieder zu sehen!"

Applaus

Seit der letzten Gemeinderatssitzung hat der Stadtrat keine neuen Geschäfte an den Gemeinderat überwiesen. Er hat jedoch die schriftliche Anfrage von Patrick Walder (SVP) «Brandursache in der Asylunterkunft Gärtnerstrasse» beantwortet. Die schriftliche Anfrage ist mit der Beantwortung durch den Stadtrat erledigt.

Neu eingereicht worden sind seit der letzten Sitzung folgende Vorstösse:

- Schriftliche Anfrage Patrick Walder (SVP): «Altersgerechter Glattweg zwischen Tertianum und Wallisellenstrasse»
- Schriftliche Anfrage Stefanie Huber (glp/GEU) und 6 Mitunterzeichnende: «Lichtemissionen – 15 Jahre später»
- Schriftliche Anfrage Patrick Walder (SVP): «Mietkündigungen zu Gunsten von Asyl- und Schutzsuchenden?»

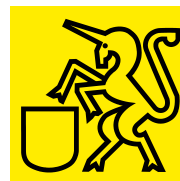
Die schriftlichen Anfragen sind zur Beantwortung an den Stadtrat überwiesen worden.

Fraktionserklärungen

Patrick Walder (SVP)

"In mehreren Fraktionserklärungen wurde der SVP-Fraktion an der letzten Gemeinderatssitzung vorgeworfen, dass sie die prekäre Asylsituation politisch ausschachten will und dass kriminelle Handlungen von Asylsuchenden nur im Ausland stattfinden. Die SVP nützt keinesfalls die aktuelle weltpolitische Situation aus. Sie warnt lediglich vor den Herausforderungen, die aufgrund des Chaos im Asylwesen und der damit einhergehenden Bevölkerungsexplosion auf uns alle zukommen. Am 12. Februar 2023 griff ein 26-jähriger Eritreer eine Frau am Hauptbahnhof Zürich unvermittelt und grundlos an. Eine weitere Frau, welche zur Hilfe eilte, wurde ebenfalls niedergeschlagen. Der Angriff war dermassen heftig und brutal, dass die Zürcher Staatsanwaltschaft eine Ermittlung wegen versuchter Tötung einleitete. Vorletzte Woche mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die Gemeinde Seegräben einem langjährigen Mieter kündigte, um Asylanten unterzubringen. Letzte Woche wurde eine Kündigungswelle von 49 Mietern in Windisch bekannt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen – wir sind in der Schweiz an einem Punkt angelangt, wo das Asylchaos jeden von uns trifft und in seiner Existenz bedrohen kann. Und bevor andere Fraktionen dann wieder behaupten, dies sei nur Wahlkampf-Propaganda der SVP, möchte ich auf Aussagen aus dem NZZ-Artikel vom 10. Februar 2022 des Sozialdemokraten Mario Fehr eingehen. Er ist zwar nicht mehr in der Partei, aber weiterhin ein Sozialdemokrat. Im besagten Artikel in der NZZ steht: "Sicher-



heitsdirektor Mario Fehr sagt, der Druck im Bahnhof sei auch auf die verstärkten Migrationsbewegungen zurückzuführen. Festgenommen werden praktisch ausnahmslos junge Männer, häufig aus dem nordafrikanischen Raum. Das seien oftmals Personen, die aus der Schweiz ausgewiesen worden oder illegal eingereist seien. «Leute, die kaum eine Chance haben, hier bleiben zu können», sagt Fehr. Weiter steht geschrieben: "Der Sicherheitsdirektor machte sich in der Silvesternacht selbst ein Bild von der Lage im Bahnhof und begleitete seine Kantonspolizisten, die mit «fünfmal so vielen Kräften im Einsatz waren wie im Alltag». Fehr habe dort «im Vergleich zu den Vorjahren viel mehr Konflikte miterlebt». Die Mehrheit der Inhaftierten habe einen Migrationshintergrund gehabt, sagt er. Zitat unseres kantonalen Sicherheitsdirektors.

Sie sehen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wer wie der Sozialdemokrat Mario Fehr die Augen nicht verschliesst, der sieht, dass wir vor einem grossen Problem stehen, respektive aufgrund einer seit Jahren verfehlten Politik bereits mittendrin sind. Anstatt in Fraktionserklärungen die SVP-Fraktion zu kritisieren, weil sie die Augen vor Tatsachen nicht verschliesst und die Dinge benennt, wie sie halt eben sind, sollten Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen mithelfen, das Asylchaos zu beenden und die Massenzuwanderung endlich zu begrenzen."

Persönliche Erklärungen

Keine

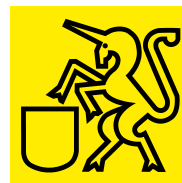
2. **IMWIL Alters- und Spitexzentrum, Erneuerung der Wärmeerzeugung der Häuser E, B und C sowie Sanierung der Regulierung und der Unterstationen** **GR Geschäft Nr. 41/2022**

Sarah Steiner (SVP), Sprecherin der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK)

"Ich darf heute Abend das Geschäft «Ersatz Wärmeerzeugung für die Häuser E, B und C sowie Sanierung der Regulierung und der Unterstationen IMWIL Alters- und Spitexzentrum, Bewilligung Brutokredit von Fr. 850'000» vorstellen. Als Erstes möchte ich meinen Kollegen in der Unterkommission, Roger Gallati und Rico Eberle, für die gute Zusammenarbeit danken. Ein Dank geht auch an den Stadtrat für die sehr fundierten und seriös ausgearbeiteten Unterlagen, die uns zur Verfügung standen.

Die Gasfeuerungsanlagen in den Häusern E, B und C des Alters- und Spitexzentrums IMWIL haben ihre Lebensdauer schon lange überschritten. Die Anlagen sind über 20 Jahre alt und allfällige Reparaturen sowie der Unterhalt können nur noch mit grosser Mühe vorgenommen werden. Gleichzeitig muss auch die Unterverteilung in den Häusern B und C saniert werden. Die beiden Projekte konnte man somit zusammenlegen. Ein weiterer Punkt ist die Kaltwasser-Verteilbatterie, welche auch langsam ihr Lebensende erreicht hat. Obwohl dieses Projekt auch unabhängig von der Wärmeerneuerung machbar wäre, hat sich der Stadtrat dazu entschieden, auch dies einzubeziehen, um alle möglichen Synergien nutzen zu können. Der Stadtrat liess durch die Firma Leimgruber Fischer Schaub AG einen Variantenvergleich durchführen, in welchem etliche Möglichkeiten nach Machbarkeit und ökologischen und ökonomischen Aspekten geprüft wurden. Ich verzichte darauf, hier alle diese Varianten vorzulesen. Der Stadtrat hat sich in Absprache mit der Leimgruber Fischer Schaub AG für die Variante mit der Holzpelletsfeuerungsanlage entschieden. Die Variante macht im Alters- und Spitexzentrum ökologisch sowie ökonomisch am meisten Sinn. Zusätzlich sind noch zwei vorgeschlagene Optionen, ein Heizungskorrosionsschutz und eine Heizungsentlüftungsanlage, in diesen Kredit eingeflossen.

Da die Heizung erst im Sommer 2024 ersetzt werden kann, hat sich die UK auch damit befassen, was passieren würde, wenn die alte Heizung bereits davor aussteigen würde. Der Stadtrat hat uns darüber informiert, dass für diesen Notfall ein weiterer Brenner sowie ein zweiter Heizkessel zur Verfügung steht, die diese Zeit überbrücken könnten.



Weiter ist der UK aufgefallen, dass es im Haus E eine zusätzliche Wasserbehandlungsanlage braucht, die nicht im Kredit beinhaltet ist. Daher beantragen wir eine Krediterhöhung um Fr. 22'800.

Eine weitere Kreditanpassung musste die UK vornehmen, da der Stadtrat Fördergelder in Höhe von Fr. 170'000 mitbudgetiert hat. Da es sich beim vorliegenden Geschäft um einen Bruttokredit handelt, ist die Miteinberechnung der Fördergelder nicht zulässig. Daher beantragen wir eine weitere Erhöhung des Bruttokredits um Fr. 170'000. Der neue Bruttokredit würde also Fr. 1'042'800 betragen.

Die UK hat sich vor allem auch mit der Angebotssituation und der Verfügbarkeit von Holzpellets beschäftigt. Vom Stadtrat kam die Antwort, dass im Vergleich zu Öl und Gas Holzpellets sowohl in der Schweiz als auch im nahen Ausland produziert werden können und was weitaus ökologischer sein wird. Dem Stadtrat ist bewusst, dass die Verfügbarkeit der Pellets von der Holzproduktion und der Industrie abhängig ist.

In den letzten Tagen gab es mehrere Medienberichte über im Ausland produzierte Holzpellets, in welchen aufgedeckt wurde, dass einige Firmen trotz einer Zertifizierung nicht nachhaltig produzierten. Dem problematischen Umstand kann und soll der Stadtrat auch Rechnung tragen und sich bemühen, die Pelletsbeschaffung aus der Schweiz sicherzustellen. Falls das aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein sollte, soll er bei der Ausarbeitung der Submissionsbedingungen ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass effektiv nachhaltig produzierte Ware eingekauft wird.

Trotz diesen neuen Informationen ist die UK nach wie vor davon überzeugt, dass es sich bei den Abklärungen des Stadtrates um sehr seriöse und genaue Angaben handelt. Daher sind wir immer noch der Meinung, dass von den vorgeschlagenen Möglichkeiten die Holzpelletanlage die beste Lösung ist.

Die UK hat einstimmig entschieden, dem Bruttokredit für die Wärmeerneuerung im Alters- und Spitzentrum IMWIL mit den beiden aufgezeigten Änderungen zuzustimmen. Ich bitte den Rat unserem Antrag zu folgen."

Stellungnahme Sozialvorstand Ivo Hasler (SP)

"Ich möchte mich bei der UK ganz herzlich für die sorgfältige Prüfung dieses Geschäfts bedanken. Es war eine relativ umfangreiche Studie. Und es hat sich doch gezeigt, dass bei der Vorbereitung des Geschäfts noch ein kleiner Fauxpas mit der Wasserbehandlungsanlage passiert ist, die tatsächlich vergessen ging. Da sind wir natürlich sehr froh, dass dies und auch das Thema mit den Fördergeldern noch festgestellt werden konnte. Der Stadtrat stimmt diesen beiden Anträgen also selbstverständlich zu.

Zum Thema Nachhaltigkeit vielleicht noch: Die Geschichte mit dem Holz wurde aufgedeckt, aber es ist auch so, dass sich das kantonale Beschaffungswesen ja zum Glück in eine Richtung bewegt hat, dass es nicht nur um den Preis geht. Und daher werden wir sicher auch die Möglichkeit haben, Kriterien zu setzen, die dem Anliegen Rechnung tragen. An dieser Stelle möchte ich mich nochmals bedanken und Ihnen das Geschäft zur Annahme empfehlen."

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen

Abstimmung über die beiden GRPK-Änderungsanträge

Der Gemeinderat stimmt dem ersten Änderungsantrag der GRPK betreffend Krediterhöhung um Fr. 22'800 für die Wasserbehandlungsanlage im Haus E mit 34 zu 0 Stimmen zu.

Ausserdem spricht er sich ebenfalls mit 34 zu 0 Stimmen für den zweiten Änderungsantrag der GRPK betreffend Krediterhöhung um Fr. 170'000 für die fälschlicherweise abgezogenen Fördergelder von Energie Zukunft Schweiz aus.



Schlussabstimmung

Der Gemeinderat stimmt Ersatz der Wärmeerzeugung der Häuser E, B, und C sowie der Sanierung der Regulierung der Unterstationen im IMWIL Alters- und Spitexzentrum unter Berücksichtigung der vorher beschlossenen Änderungen und dem dafür benötigten Bruttokredit von Fr. 1'042'800 mit 34 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Der Ersatz Wärmeerzeugung für die Häuser E, B und C sowie die Sanierung der Regulierung und der Unterstationen im IMWIL Alters- und Spitexzentrum wird unter Berücksichtigung folgender beiden Änderungen genehmigt:
 - 1.1. Der Kredit wird um Fr. 22'800.00 für die Wasserbehandlungsanlage im Haus E erhöht.
 - 1.2. Der Kredit wird um den bei der Berechnung der Gesamtsumme abgezogenen Betrag der erwarteten Fördergelder von Energie Zukunft Schweiz im Umfang von Fr. 170'000.00 erhöht (Bruttokredit). Dies ändert nichts an der Erwartung, dass die Fördergelder im maximalmöglichen Umfang bei Energie Zukunft Schweiz beantragt werden.
2. Der dafür benötigte Bruttokredit von Fr. 1'042'800.00 wird bewilligt.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

3. **Verordnung über den kommunalen Mehrwertausgleichfonds – Erlass GR Geschäft Nr. 16/2022**

Gemeinderatspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP)

"Die Behandlung des Geschäftes läuft folgendermassen ab:

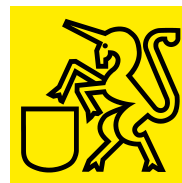
In der Eintretensdebatte wird zuerst das Eintreten oder Nichteintreten beschlossen. Sofern kein Antrag auf Nicht-Eintreten gestellt wird, wird das Eintreten als beschlossen erachtet. Bei Eintreten wird anschliessend die Detailberatung durchgeführt.

In der Detailberatung gehen wir den Erlass artikelweise durch. Über Änderungsanträge stimmen wir bei den einzelnen Artikeln ab. Wenn alle Artikel behandelt wurden, führen wir eine Schlussabstimmung durch."

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

Nicole Zweifel (glp/GEU), Präsidentin der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte (KRL)

"Die Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte hat die Vorlage betreffend Verordnung über den kommunalen Mehrwertausgleichfonds an der Sitzung vom 1. September 2022 durch den Stadtplaner Reto Lorenzi und den zuständigen Stadtrat Dominic Müller vorgestellt bekommen. Wir haben die Vorlage dann an der Sitzung vom 27. September 2022 beraten. Die daraus resultierenden Änderungsanträge und Fragen wurden dem Stadtrat am 27. September 2022 zur Stellungnahme übergeben. Seine Antworten hat der Stadtrat am 24. November 2022 behandelt und der Kommission für die weitere Beratung der Vorlage überwiesen. An der Sitzung vom 11. Januar 2023 hat die Kommission das Geschäft weiter beraten und zu Händen des Gemeinderats verabschiedet.



Um was geht es in der Vorlage?

An der Gemeinderatsitzung vom 3. Oktober letzten Jahres wurde die Teilrevision Nutzungsplanung zum Mehrwertausgleich behandelt. Mit diesem Beschluss wurde die Grundlage geschaffen, um einen Teil der durch Auf- und Umzonungen entstehende Mehrwerte zu Gunsten der Stadt beanspruchen zu können. Zur Erinnerung um was es dabei ging: In bebauten, städtischen Gebieten entstehen Planungsvorteile für Private, so genannte Mehrwerte, in der Regel durch Auf- und Umzonungen. Das heisst beispielsweise durch neue Bebauungsmöglichkeiten, werden die Grundstücke pro Quadratmeter mehr wert. Die Eigentümer, deren Grundstücke ohne eigenes Zutun an Wert gewonnen haben, haben einen Teil des erhaltenen Wertes bei Realisierung eines effektiven Bauvorhabens mit den neuen Nutzungsmöglichkeiten der Stadt abzugeben. Diese Mittel – also der städtische Anteil am Mehrwert - fliessen in den Mehrwertausgleichsfonds. Als alternativen Weg lässt das kantonale Mehrwertausgleichsgesetz auch so genannte städtebauliche Verträge zwischen Bauherrschaft und Stadt zu, wie dies in Dübendorf bereits mehrfach gemacht wurde. In dem Falle fliesst kein Geld in den Mehrwertausgleichsfonds, der konkrete Verwendungszweck ist vertraglich festgehalten.

Nachdem der am 3. Oktober 2022 im Gemeinderat beschlossenen Abgabesatz von 40 % von den Dübendorfer Stimmberechtigten am 12. Februar 2023 bestätigt worden ist, haben wir nun die Grundlage für die Mittelherhebung. Mit der nun vorliegenden Vorlage wird nun die Mittelverwendung geregelt, also was wir mit dem Geld machen. Mit den Mitteln aus dem Mehrwertausgleichsfonds können aufgrund der gesetzlichen Grundlagen Massnahmen mitfinanziert werden, die durch die Verdichtung notwendig werden. Dies können beispielsweise öffentlich zugängliche Grün- und Freiräume oder Erholungseinrichtungen sein, sprich letztlich Massnahmen, die der Aufenthaltsqualität der Bevölkerung dienen.

Der Kanton Zürich hat für die Bestimmungen der Verordnung zum Mehrwertausgleichsfonds ein Muster vorgelegt. Die Vorlage für Dübendorf übernimmt dieses Muster in weiten Teilen und hat einzelne Punkte präzisiert.

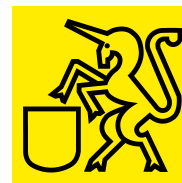
Was wurde in der KRL beraten?

Die KRL hat die Artikel der Verordnung ausführlich behandelt. Bei den Vorschlägen für den Verwendungszweck der Mittel aus dem Fonds gemäss Artikel 3 hat die Kommission länger diskutiert. Wir möchten, dass das dies Sachen sind, die öffentlich zugänglich sind. Wir werden daher beim Artikel 3 h beantragen, dass es um soziale Institutionen gehen soll, die öffentlich zugänglich sind. Der Stadtrat hat uns mitgeteilt, dass der dies stützt.

Die Verordnung sieht in Artikel 6 weiter vor, dass auch Dritte Beiträge aus dem Fonds beantragen können. Wir haben in der Kommission ausgiebig diskutiert, wie hoch wohl die Menge der zu erwartenden Gesuche sein wird und was somit die Auswirkungen auf die Verwaltung und den Stadtrat sein könnten. Wir haben dabei bemerkt, dass wir darauf keine Antwort finden. Zudem haben wir festgestellt, dass im folgenden Artikel, in dem es um den Weg geht, den die zu behandelnden Gesuche nehmen, unklar bleibt, wer nun was behandelt. Wir haben daher einen Absatz zur Streichung beantragt. Auch hier hat uns der Stadtrat mitgeteilt, dass er dies stützt.

Wir haben ausserdem festgestellt, dass die Antwort des Stadtrates auf die Fragen nach dem Verfahrensablauf sehr knapp ausgefallen ist. Wir sind daher zum Schluss gekommen, dass hier wohl noch nicht ganz klar ist, wie man es machen möchte. Wir würden dereinst gerne informiert werden, wie man es machen wird. Gehen aber davon aus, dass der Stadtrat hier sicher seine Verantwortung wahrnehmen wird.

Über die Verwendung und den Bestand der Fondsmittel ist gemäss kantonaler Rechtsgrundlage jährlich Bericht zu erstatten. Der Stadtrat hat in seiner Vorlage den Vorschlag der kantonalen Musterbestimmungen übernommen. Die Kommission ist einstimmig der Meinung, diese Formulierung so zu ergänzen, dass nicht nur über die Verwendung der Mittel und den Fondsbestand berichtet, sondern



auch über die Anzahl und Art der eingegangenen Gesuche Bericht zu erstatten ist. Der Stadtrat hat sich in seiner Antwort ebenfalls für diese Änderung ausgesprochen.

Die Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte beantragt somit dem Gemeinderat einstimmig, dem Antrag des Stadtrats mit den Änderungen der Kommission für Raumplanung und Landgeschäfte zuzustimmen."

Stellungnahme Hochbauvorstand Dominic Müller (die Mitte)

"Ich danke der KRL für die fundierte Prüfung und ihrer Präsidentin für die Ausführungen. Sie hat alles Wichtige erläutert. Unsere hier vorgeschlagene Lösung entspricht im Grossen und Ganzen der Musterverordnung des Kantons. Es handelt sich bei diesem Fonds um ein neues Instrument, bei dem die Praxis zeigen wird, wie der operative Prozess im Detail aussehen wird. Daher ist es uns wichtig, dass die Verordnung Spielräume zulässt – wie jetzt eben der Fall – und wir in den Ausführungsbestimmungen Details regeln können, wenn die Praxis zeigt, dass es das braucht. Es wird auf jeden Fall eine fachliche Prüfung der Anträge bei den fachlich kompetenten und zuständigen Stellen geben, die die Gesuche unter Berücksichtigung der vorgegebenen Kriterien mit einer Empfehlung für die Genehmigung an den Stadtrat weitergeben. Und auf jeden Fall gibt es im jährlichen Bericht des Stadtrates eine Übersicht über die eingegangenen Gesuche, Angaben, wie sie behandelt worden sind, mit welcher Begründung eine Ablehnung oder Zustimmung erfolgte und in welchem Umfang. So wird die entsprechende Transparenz sichergestellt sein, so dass wir unserer Verantwortung auch gebührend nachkommen.

Ich nehme es hier vorweg: Der Stadtrat hat die ihm bekannten Änderungsanträge – also die aus der Kommission – diskutiert und eine offizielle Antwort zu Händen der KRL überwiesen. Sie entsprechen der Absicht, die wir seitens des Stadtrats verfolgen, daher sind wir mit ihnen einverstanden und können auch unsererseits empfehlen, sie zu unterstützen.

Nun als Erstes empfehlen wir das Eintreten auf diese Vorlage."

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen oder Anträge, somit ist auch das Eintreten beschlossen.

Detailberatung

Von der KRL liegen drei inhaltliche Änderungsanträge sowie ein redaktioneller Änderungsantrag vor. Über allfällige Änderungsanträge wird direkt bei der Besprechung der einzelnen Artikel abgestimmt.

Art.1 Zweck und Art. 2 Zuweisung von Mitteln

Zu diesen beiden Artikeln gibt es keine Änderungsanträge, sie gelten daher als genehmigt.

Art. 3 Verwendungszweck

Zu diesem Artikel liegt ein Änderungsantrag der KRL zu litera h) vor.

Nicole Zweifel (glp/GEU), Präsidentin der KRL

"Wie bereits erwähnt, beantragt die Kommission in der Bestimmung zu präzisieren, dass Beiträge explizit nur für die Erstellung von öffentlich zugänglichen sozialen Infrastrukturen wie sozialen Treffpunkten etc. verwendet werden. D.h. jedermann kann die Infrastrukturen nutzen. Damit soll ausgeschlossen werden, dass Infrastrukturen gefördert werden, die explizit nur auf eine Zielgruppe ausgerichtet sind. Wir bitten den Rat der Änderung zuzustimmen."

Der Stadtrat verzichtet auf eine weitere Stellungnahme.



Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat befürwortet den Änderungsantrag der KRL betreffend Art. 3 lit. h mit 34 zu 0 Stimmen.

Zu Artikel 3 werden keine weiteren Änderungsanträge gestellt, damit gilt er mit der soeben beschlossenen Änderung als genehmigt.

Art. 4 Beiträge, Art. 5 Fondsverwaltung und Art. 6 Beitragsberechtigte

Zu diesen drei Artikeln gibt es keine Änderungsanträge, womit auch sie genehmigt sind.

Art. 7 Gesuch

Zu diesem Artikel liegen zwei Änderungsanträge der KRL vor.

Die Präsidentin der KRL (glp/GEU) wird zunächst den ersten Antrag vorstellen.

Nicole Zweifel (glp/GEU), Präsidentin der KRL

"Wie bereits im Eingangsvotum gesagt, möchten wir bitten, den Art. 7 Abs. 2 zu streichen. Aus dem Vorschlag des Stadtrates heraus wird nicht klar, wie der künftige Prozess ablaufen soll. Die Formulierung «Beitragsgesuche stellt die für die Massnahme zuständige Verwaltungsabteilung» kann auf unterschiedlichste Weise interpretiert werden. Wir sind der Meinung, dass dies zu mehr Verwirrung als Klärung sorgt und bitten daher um Streichung."

Der Stadtrat verzichtet auf eine weitere Stellungnahme.

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Änderungsantrag der KRL betreffend Streichung des Absatzes 2 von Art. 7 mit 34 zu 0 Stimmen. Somit werden die bisherigen Absätze 3 und 4 neu zu Absätzen 2 und 3.

Zu diesem Artikel liegt noch ein zweiter Änderungsantrag der KRL vor. Da es sich dabei um eine rein redaktionelle Anpassung handelt, schlägt die Ratspräsidentin vor, dass auf eine Diskussion und Abstimmung verzichtet wird. In litera b hat sich ein Buchstabendreher ("sowei" statt "sowie") eingeschlichen, der noch korrigiert werden soll.

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände, womit diese Korrektur als beschlossen gilt.

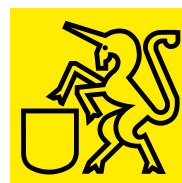
Da es nun keine weiteren Änderungsanträge mehr gibt, ist auch dieser Artikel mit den beiden Änderungen genehmigt.

Art. 8 Prüfung des Gesuchs, Art. 9 Entscheid, Art. 10 Auszahlung von Beiträgen und Art. 11 Umsetzungspflicht

Zu diesen vier Artikeln gibt es keine Änderungsanträge, womit auch sie genehmigt sind.

Art. 12 Berichterstattung

Zu diesem Artikel stellt die KRL einen Änderungsantrag.



Nicole Zweifel (glp/GEU), Präsidentin der KRL

"Wie zuvor schon im Votum erwähnt, bittet die KRL darum, auch noch Bericht zu erstatten über die Anzahl und Art der eingegangenen Gesuche, um sich ein gesamtheitlicheres Bild machen zu können, als wenn nur über die Verwendung der Mittel und den Fondsbestand Bericht erstattet wird."

Der Stadtrat verzichtet auf eine weitere Stellungnahme.

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den Änderungsantrag der KRL betreffend Artikel 12 mit 34 zu 0 Stimmen an.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, ist Art. 12 mit der soeben beschlossenen Änderung genehmigt.

Art. 13 Vollzug

Zu diesem Artikel bestehen keine Änderungsanträge. Er ist daher genehmigt.

Damit ist die Detailberatung abgeschlossen.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Erlass der Verordnung über den kommunalen Mehrwertausgleichsfonds mit den soeben beschlossenen Änderungen per Inkrafttreten der Teilrevision Nutzungsplanung "Mehrwertausgleich" mit 34 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Die Verordnung über den kommunalen Mehrwertausgleichsfonds wird mit folgenden Änderungen gegenüber der vom Stadtrat beantragten Fassung vom 8. Februar 2022 per Inkrafttreten der Teilrevision «Mehrwertausgleich» erlassen:

Art. 3 Abs. 1 h)

die Erstellung von **öffentlich zugänglichen** sozialen Infrastrukturen, wie soziale Treffpunkte und ausserschulische Einrichtungen, beispielsweise Quartier-, Jugend- oder Seniorentreffpunkte und Kinderbetreuungseinrichtungen;

Art. 7 Abs. 2

Streichung des Absatzes

Die im Entwurf vorgesehenen Absätze 3 und 4 werden zu Absatz 2 bzw. 3.

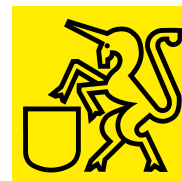
Art. 7 Abs. 2 b (ehemals Abs. 3 b)

Redaktionelle Anpassung: "sowie" statt "sowei"

Art. 12

Der Stadtrat erstattet einmal im Jahr im Rahmen **des Geschäftsberichts Bericht über die Anzahl und Art der eingegangenen Gesuche**, die Verwendung der Mittel und den Fondsbestand.

2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



**4. Teilrevision Kommunalen Richtplan «Verkehr» und Aufhebung «Teilrichtplan für das Bahnhofgebiet» zwecks neuem Bushof und Verbreiterung Personenunterführung Bahnhof Dübendorf
GR Geschäft Nr. 24/2022**

Nicole Zweifel (glp/GEU), Präsidentin der Kommission für Raumplanung- und Landgeschäfte (KRL)
"Die KRL hat die Vorlage Teilrevision Kommunalen Richtplan «Verkehr» und Aufhebung «Teilrichtplan für das Bahnhofgebiet» zwecks neuem Bushof und Verbreiterung Personenunterführung Bahnhof Dübendorf an der Sitzung vom 27. September 2022 durch den Stadtplaner Reto Lorenzi und den zuständigen Stadtrat Dominic Müller vorgestellt bekommen. Die Kommission hat die Vorlage an der Sitzung vom 17. November 2022 erstmals beraten. Die daraus resultierenden Fragen wurden dem Stadtrat nach der Kommissionssitzung zur Stellungnahme übergeben. Seine Antworten hat der Stadtrat der Kommission am 9. Januar 2023 für die weitere Beratung der Vorlage zukommen lassen. An der Sitzung vom 7. Februar 2023 hat die Kommission das Geschäft weiter beraten und zu Händen des Gemeinderats verabschiedet.

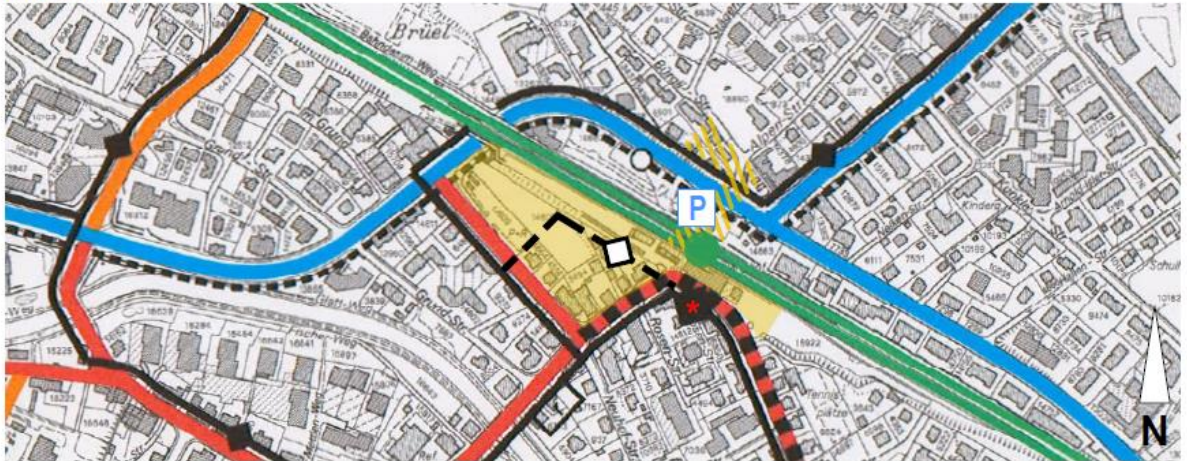
Um was geht es? Für das Siedlungsgebiet der Stadt Dübendorf sind die beiden Bahnhöfe Stettbach und Dübendorf von zentraler Bedeutung. Im Zuge der Realisierung der Glattalbahn zum Bahnhof Stettbach wurde dieser schon lange, in den Jahren 2008-2010, grundlegend modernisiert und ist nun eine ÖV-Plattform mit Tramwendeschleife und diversen Bushaltekanten. Am Bahnhof Dübendorf ist hingegen trotz des überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstums der letzten 15 Jahre, ausser kosmetischen Massnahmen nichts passiert. Die Verkehrssituation und -gestaltung um den Bahnhof Dübendorf ist allgemein – kurz gesagt – wenig befriedigend.

Die Verkehrssituation rund um den Bahnhof Dübendorf war deshalb auch verschiedentlich Thema von politischen Vorstössen; zuletzt verlangte das ursprünglich am 7. Mai 2009 vom Gemeinderat überwiesene Postulat von Thomas Maier und 14 Mitunterzeichnenden zur "Verkehrssituation beim Bahnhof Dübendorf" eine vertiefte Analyse der Situation rund um den Bahnhof Dübendorf in Bezug auf alle Verkehrsteilnehmenden sowie eine attraktive Gestaltung des öffentlichen Raums. Aufgrund noch offener Planungsschritte wurde das Postulat auf Antrag des Stadtrats letztmals im 2018 durch den Gemeinderat aufrechterhalten. Die heute zu behandelnde Vorlage umfasst nun zum einen die Anpassung der richtplanerischen Grundlagen rund um den Bushof. Zum anderen soll das aufrechterhaltene Postulat Maier abgeschrieben werden.

Die Anpassung der richtplanerischen Grundlagen wiederum umfasst zum einen eine Teilrevision des kommunalen Richtplans Verkehr. Im kommunalen Richtplan Verkehr soll die neue Linienführung der Busse festgelegt werden. Mit diesem Eintrag in den Verkehrsrichtplan wird das öffentliche Interesse an der neuen Verkehrsführung für die Busse behördenverbindlich definiert. D.h. wir haben uns in unserem Handeln als Behörde danach zu richten. Darauf basierend plant der Stadtrat die Festlegung von eigentümerverbindlichen Verkehrsbaulinien, die dann für die Eigentümer verbindlich ist, um für die Realisierung des neuen Bushofs den notwendigen Landerwerb vornehmen zu können. Daneben umfasst die Anpassung der richtplanerischen Grundlagen die Aufhebung des veralteten Teilrichtplans für das Bahnhofgebiet aus dem Jahr 1996. Wir sehen auf der eingeblendeten Richtplankarte um was es letztlich geht.



Revisionsplan

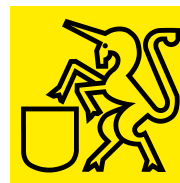


Vor der inhaltlichen Diskussion der Vorlage wurde durch die Kommission als erstes der - von Stadtrat Dominic Müller im Rahmen der Vorstellung der Vorlage geäußerte Wunsch - diskutiert, die Vorlage auch als Gradmesser für eine Haltung der Fraktionen zum aktuellen Stand des möglichen Neubaus des Bushof ansehen zu können.

Mit der Vorlage sind wohl aus diesem Grund bereits sehr umfangreiche Materialien rund um den Bushof zur Verfügung gestellt worden. Es sind über 1'000 Seiten. Dazu gehörte eine Übersicht über alle Unterlagen aus der langen Planungsgeschichte zum Bushof. Als aktuellstes Dokument wurde das sogenannte Generelle Projekte – ein Vorprojekt – aus dem Mai 2022 zur Verfügung gestellt. Ich möchte aber ganz klar sagen, wir haben in der Kommission diskutiert und ebenso klar gesagt, dass wir aus der Behandlung der Vorlage – also der nun projizierten Vorlage – ausdrücklich keine Haltung zum bereits vorliegenden generellen Projekt zum Bushof ausdrücken möchten und daraus auch keine abgeleitet werden soll. Die Kommission hat sich ausdrücklich nur mit den effektiven Inhalten der Vorlage befasst. Konkret also mit dem Strich auf dem Plan, der eine neue Linienführung für Busse am Bahnhof erlangt. Oder anders gesagt geht es letztlich also in Anführungszeichen "nur" um einem «Strich».

Dennoch hat die Kommission im Rahmen ihrer Beratung dem Stadtrat einen umfangreichen Fragenkatalog überwiesen, in welchem wir auch auf die verschiedenen Dokumente eingegangen sind. Die Kommission dankt an dieser Stelle Stadtrat und Verwaltung für die ausführliche Beantwortung. Wir weisen darauf hin, dass ein grosser Teil der Fragen jedoch aufgrund der zur Verfügung gestellten Materialien entstanden ist. Es wäre für die Behandlung der eigentlichen Vorlage nicht notwendig gewesen. Die Fragen der Kommission sollten jedoch aufzeigen, wie viele Unklarheiten und Fragen zum eigentlichen Projekt Bushof noch vorhanden sind.

Die Kommission nimmt die Antworten zur Kenntnis und behält sich vor, auf die entsprechenden Fragen zum passenden Zeitpunkt zurückzukommen. Bezogen auf die Richtplanvorlage selbst erachten wir insbesondere die Abstimmung der Festlegungen mit dem kommunalen Richtplan Fuss- und Veloverkehr als zentral, der ja im Dezember 2021 in der öffentlichen Auflage war und demnächst irgendwann in diesen Rat kommen wird. Gemäss den Antworten des Stadtrats muss diese Abstimmung noch vorgenommen werden. Das hat uns etwas befremdet, wir gehen aber davon aus, dass die entsprechenden Anpassungen in der ausstehenden Vorlage der Gesamtrevision Richt- und Nutzungsplanung eingeflossen sein werden.



Die KRL sagt dennoch einstimmig ja zur vorliegenden Vorlage. Sie sagt damit ja zu der lokal stark eingegrenzten Raumsicherung für einen künftigen Bushof und anerkennt die Dringlichkeit dieser Festlegung als Basis für die weiteren Schritte am Bahnhof. Und zwar die weiteren Schritte auf dem noch langen Weg bis zur Realisierung eines effektiven Bushofs. Die Kommissionsmitglieder sind einstimmig der Meinung, dass diese für die weitere Planung und spätere Realisierung notwendige Grundlage jetzt geschaffen werden muss. Anzumerken ist jedoch, dass erst mit der Vorlage des gesamten kommunalen Verkehrsrichtplans die Einbettung in den Gesamtkontext auf Ebene Richtplanung gegeben sein wird. Und auch damit ist noch lange kein Projekt bewilligt und umgesetzt.

Der zweite Teil der Vorlage, die Aufhebung des veralteten Teilrichtplans zum Bahnhofsgebiet vom 1996, war in der Kommission unbestritten. Die Aufhebung wird dem Gemeinderat einstimmig zur Annahme beantragt. Dem Bericht zu den Einwendungen gemäss Paragraph 7 Abs. 3 des Planungs- und Baugesetzes wird ebenfalls zugestimmt.

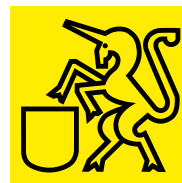
Ausführlich diskutiert hat die Kommission auch den Antrag zur Abschreibung des Postulats Maier betreffend «Verkehrssituation beim Bahnhof Dübendorf». Die Kommission kam einstimmig zum Schluss, dass das Anliegen des Postulats, nämlich eine «kosteneffiziente Erneuerung und Modernisierung des Bahnhofs Dübendorf zu realisieren», mit dem vorliegenden Dossier zur Anpassung des kommunalen Verkehrsrichtplans noch nicht erfüllt ist. Es wird mit der Vorlage zwar eine planungsrechtliche Grundlage für die Erneuerung des Bahnhofs Dübendorfs geschaffen. Eine Realisierung ist damit jedoch noch lange nicht erfüllt. Der Bahnhof Dübendorf weist grossmehrheitlich noch die gleichen Mängel auf wie im 2009 zum Zeitpunkt der Überweisung des Postulats. Auch sind noch keine konkreten Schritte in der Umsetzung oder zumindest massgebliche Kreditentscheide oder strassenrechtliche Entscheide für eine Umsetzung getroffen worden. Das Postulat ist damit mit aktuellem Stand der Arbeiten noch nicht erfüllt. Die Vielzahl von Fragen, die dem Stadtrat aufgrund der zur Verfügung gestellten Unterlagen gestellt worden sind, widerspiegelt auch hier die vielen noch bestehenden Unklarheiten. Die Kommission beantragt daher dem Gemeinderat das Postulat aufrechtzuerhalten. Dem Gemeinderat soll zur Umsetzung von konkreten Massnahmen entsprechend Bericht erstattet werden.

Die Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte beantragt somit dem Gemeinderat einstimmig,

- die Teilrevision des kommunalen Richtplans Verkehr festzusetzen
- der Aufhebung des Teilrichtplan für das Bahnhofsgebiet vom 18. März 1996 zuzustimmen
- dem Bericht zu den Einwendungen zuzustimmen
- den Erläuterungsbericht nach Art. 47 der Raumplanungsverordnung zur Kenntnis zu nehmen
- das Postulat Thomas Maier betreffend «Verkehrssituation beim Bahnhof Dübendorf» weiterhin aufrechtzuerhalten."

Stellungnahme Hochbauvorstand Dominic Müller (die Mitte)

"Ich danke der KRL für die fundierte Prüfung und ihrer Präsidentin für die Ausführungen. Man hat gehört, wie viele Seiten an Unterlagen wir mitgegeben haben. Es handelt sich um ein grosses, langes und vor allem komplexes Geschäft mit viel Papier dazu. Vor allem aber handelt es sich um einen ersten wichtigen Schritt für ein zentrales Projekt für die Stadtentwicklung von Dübendorf. Wir wissen alle, unser Bahnhof Dübendorf ist die Scharnierstelle zwischen dem Stadtzentrum und am Schluss auch hin zum Quartier, in welches der Innovationspark hinkommen soll, wo ein ganz neues Gesicht entstehen soll. Es ist unsere Visitenkarte, der Ankunftsort in der viertgrössten Stadt des Kantons Zürich. Und wir haben es vorher schon gehört, auch hier sind wir uns einig, der aktuelle Zustand ist nicht der, den wir langfristig haben wollen. Aber eben, es ist eine komplexe Situation und hat bereits eine lange Geschichte. Man hat angefangen mit einer Testplanung Dübendorf Nord, zu der dann der Bahn- und der Bushof auch dazugekommen sind. Dann hat man ganz viele Sachen abgeklärt. Die verschiedenen Aspekte und Themen, Haltestellenvarianten, städtebauliche Gutachten. Zusammen



mit der SBB hat man irgendwann diskutiert, was mit der Bahnhofunterführung passieren soll. Es ist ja nicht nur der Bushof, sondern es ist im Prinzip wesentlich mehr. Und da kommen ganz neue Fragen dazu: Wie sieht es denn aus, gibt es nochmals eine zusätzliche Spur bei der SBB? Und dann hat man auf einmal ganz viele Personen am Tisch und eine hohe Komplexität.

Im Geschäft heute geht es nicht um diese Details – wir haben es bereits gehört. Es geht nicht darum, was das Projekt genau kosten wird und wie der Bahnhof ganz genau aussehen wird. Es geht nur um den Richtplaneintrag. Um den Strich auf dem Plan, den wir vorhin gesehen haben. Dies ist eine wichtige Grundlage für die nächsten Verfahrensschritte, die uns dann zusammen mit dem generellen Projekt ermöglichen, auch für die Grundeigentümer verbindlich die Bau- und Niveaulinien festzulegen. Und das ist die Grundlage, dass man dort daraus etwas machen kann. Und die Schwierigkeit ist wirklich, dass wir uns eben im bebauten Umfeld bewegen. Es ist dort schon alles vollgebaut. Wir haben eine anspruchsvolle Milieusituation. Von unten bis oben auf die Bettlistrasse hat man einen grossen Sprung zu überwinden. Und man hat ganz viele Aspekte und Player, oder Stakeholder wie man heute sagt, die Ansprüche an diese Lösung stellen – von der SBB über die VBG bis zu uns allen – wie es aussehen soll. Wir haben die Unterlagen mitgegeben und versucht, transparent zu machen, was wir bereits geplant und gedacht haben, in welche Richtung wir unterwegs sind. Einerseits um einen vertieften Einblick zu geben. Und ich danke, dass ihr euch diese Zeit genommen habt. Es war erschlagend viel Material, wenn man es frisch erhält und man nicht bereits im Prozess drin war. Es ging also darum euch einen Überblick über die Komplexität zu geben, in der wir stecken, damit ihr euch mit den Aspekten auseinandersetzen und eine fundierte Meinung bilden könnt, zu dem was euch wichtig ist und was ihr mit auf den Weg geben möchtet unter Berücksichtigung all jener Vorgaben, die wir einhalten müssen, damit es am Ende ein funktionierendes und ein bewilligungsfähiges Projekt ergibt. Andererseits – und die Präsidentin der KRL hat es gesagt – waren wir der Meinung, dass wir durch die Mitgabe der Unterlagen auch die Chance bieten, jetzt hier und heute – und wir haben bereits anhand der Kommissionsdiskussionen mitgehört auch anhand der Fragen, die wir erhalten haben – mitzugeben, was für die weitere Bearbeitung relevant ist, welche Aspekte euch besonders wichtig sind, damit wir diese Dinge einfließen lassen können in das, was wir als nächste Schritte nun machen werden. Denn es handelt sich heute zwar nur um den Strich auf der Karte primär, aber doch auch um den ersten und wichtigen Grundstein für ein wichtiges Projekt unserer Stadtentwicklung, für unseren zentralen Ankunftsort und unsere Visitenkarte. Und darum bitten wir sie, einerseits dem Richtplaneintrag zuzustimmen und damit die weitere Planung zu unterstützen. Vielleicht geben sie uns trotzdem das eine oder andere noch mit, im Wissen darum, dass es heute um nicht mehr und nicht weniger geht, als um die Zustimmung zu diesem Strich auf dem Richtplan."

Diskussion

Tanja Boesch (die Mitte/EVP)

"Zuerst möchten wir dem Stadtrat für die vorliegenden ausführlichen Informationen danken. Grundsätzlich sind wir mit der vorliegenden Teilrevision einverstanden. Bei der Durchsicht der Unterlagen war es fast ein Muss, dass Fragen und leider auch grosse Bedenken auftauchen, die wir hier gerne platzieren möchten.

Dass Dübendorf eine Lösung beim Bahnhof Dübendorf braucht, ist unbestritten. Bei dieser Lösung muss aber nicht nur der Süden, sondern auch der Norden und der geplante Innovationspark berücksichtigt werden. Wir sind der Überzeugung, dass eine Gesamtsicht notwendig ist. Geht man davon aus, dass durch den Innovationspark, die Verdichtung der Quartiere um den Flugplatz und die allgemeine Bevölkerungsentwicklung noch mehr Menschen in Dübendorf wohnen und arbeiten werden, erschreckt es beinahe, wenn bei der Einleitung des Berichts der Locher Ingenieure AG steht, dass sich der Stadtrat für die Variante «tief, schmal» entschieden habe. Was für mich so viel wie "klein" heisst. Liest man den Bericht, so wird man den Eindruck nicht los, dass es im Süden eng und im Norden noch enger werden wird. Schaut man sich die vorgesehenen Haltekanten für die Busse an, sind die wohl für den heutigen Stand ausreichend. Für eine allfällig notwendige Kapazitätserhöhung – wie sie in einem weiteren Bericht erwähnt wird – bleibt allerdings kein Platz, weil das ganze Grundstück überbaut werden soll. Weshalb gibt man hier einer möglichen Weiterentwicklung nicht mehr Luft?



Die Bettlistrasse als Zufahrt für die Busse mit einer Rampe, die doch eine sehr starke Neigung hat, umzubauen, erscheint uns als ziemlich abenteuerlich und mit Gefahren behaftet. Und Gefahren um den Bahnhof sollte man doch eliminieren wollen. Ausserdem wie attraktiv wird ein Bahnhofsplatz Süd mit 4m hohen Stützmauern?

Im Zusammenhang mit der Personen- und Velounterführung legt man grossen Wert auf eine Trennung der Verkehrsströme. Eigentlich eine gute Überlegung. Nur ist es wirklich sinnvoll und sicher, eine Velounterführung mit Schikanen durch eine Tiefgarage zu führen?

Und dann noch ein weiterer Punkt: Wie schon am Anfang angesprochen, müsste auch der Norden bereits jetzt in die Planung miteinbezogen werden und zwar inklusive Glattalbahn. Auch wenn der Kanton und der ZVV der Meinung sind, es wird in Dübendorf kein Tunnel gebaut - wohl vor allem aus Kostengründen - ist dies unserer Ansicht nach kein Argument, weil am falschen Ort gespart wird. In Schwamendingen hat sich der Tunnel sowohl aus städtebaulicher wie auch verkehrstechnischer Sicht gelohnt. Wir haben zwischen der Unterführung entlang der Überlandstrasse bis zum Kreisel Nord ein absolutes Nadelöhr. Auch beim Kreisel sind die Möglichkeiten, die Fahrbahn zu verbreitern sehr eingeschränkt. Wenn Verkehrssicherheit und das Wohlbefinden der Menschen dort wirklich ein Anliegen sind, dann muss man hier neue Ansätze andenken und neu planen. Wir hoffen sehr, dass die zuständigen Stellen nochmals über die Bücher gehen und unsere Bedenken allenfalls auch berücksichtigen."

Oliver Kellner (Grüne)

"Die Grünen Dübendorf unterstützen diese Teilrevision des kommunalen Richtplans. Wir befürworten die Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs. Dübendorf als viertgrösste Stadt im Kanton Zürich hat ein würdiges Bahnhofsgelände verdient. Dazu gehört auch ein barrierefreier Umstieg zwischen Bus und Zug. Die aktuelle Situation am Bahnhof Dübendorf ist für uns unbefriedigend. Momentan ist es für ältere Menschen mit Rollator oder junge Eltern mit Kinderwagen mühsam umzusteigen. Man muss ohne Wegweiser den Umweg über drei An- oder Abstiege finden. In der Unterführung teilt man sich den Platz mit einer kantonalen Veloroute. Das ist weder für Fussgängerinnen und Fussgänger noch für Personen auf dem Velo attraktiv. Zudem leidet das Gewerbe unter der mangelnden Attraktivität. Die Post 2 ist stillgelegt und der Kebab-Stand befindet sich seit fast einem Jahrzehnt im Umbau. Wahrscheinlich kommt die Eröffnung des neuen Bushofs noch vor der Neueröffnung dieses Kebab-Standes. Die Unterführung wird auch von der Bevölkerung nicht als Mehrwert wahrgenommen. Oben auf der Bahnhofstrasse und der Bettlistrasse sieht die Situation leider auch nicht besser aus. Wegen der scharfen Kurve haben Autos und Busse Schwierigkeiten beim Kreuzen. Weil an dieser Stelle ein Zebrastreifen viele Leute über die Strasse führt, wird von den Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern sehr viel Aufmerksamkeit gefordert. Damit sich die Situation im Bahnhofsgelände verbessert, stimmen wir einer Neugestaltung des Bahnhofsgeländes zu. Bei der Einsicht der Pläne für den Bushof ist unsere Freude aber leider geschrumpft. Das bis jetzt skizzierte Projekt überzeugt uns nicht. Wir wünschen uns mehr Grünflächen und Bäume. Ebenfalls sind wir der Meinung, dass die Strassenkapazität erschöpft ist und über ein Einbahn-Regime nachgedacht werden sollte. Alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer sollen ihren Platz bekommen. Wir wünschen uns auch, dass beim Abbruch der bestehenden Häuser diese durch qualitativ hochwertige Neubauten ersetzt werden. Das war in der Vergangenheit leider nicht immer der Fall. Dort sollen die Mieten für alle Einkommensschichten zahlbar sein. Wenn man mit dem Zug in Dübendorf ankommt, sollte man sich gut fühlen. Man sollte merken, dass man in der viertgrössten Stadt des Kantons angekommen ist. Man sollte sich sicher fühlen und mit Freude in eine moderne Stadt eintauchen. Wir unterstützen die Teilrevision und debattieren zu einem späteren Zeitpunkt gerne nochmal über die Pläne und die Umsetzung des Bushofs."

Alexandra Freuler (SP)

"Leider ist es eine Tatsache, dass der Bahnhof Dübendorf in seinem jetzigen Zustand in gewissen Bereichen sehr heruntergewirtschaftet wirkt und mit der Entwicklung der Stadt nicht Schritt halten kann. Es besteht tatsächlich grosser Handlungsbedarf, weshalb auch die SP-Fraktion diesem Geschäft zustimmen wird. Eine substanzielle Weiterentwicklung des Bahnhofs Dübendorf ist nötig, um



den funktionalen und städtebaulichen Anforderungen der Stadt gerecht zu werden. Als Lösung sieht der Stadtrat die Neukonzeption für einen Bushof südlich des Bahnhofs vor, mit Neugestaltung des Bahnhofplatzes Süd und dem Ausbau der Personenunterführung. Wie die Umsetzung des Bushofs mit Bahnhofplatz Süd und der Personenunterführung später erfolgen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht im Detail festgelegt. Heute Abend geht es aber lediglich darum, dass für diese beiden Projekte die nötige Raumsicherung über die Anpassung des kommunalen Richtplans Verkehr und die Eintragung im kommunalen Richtplan erfolgen kann. Mit den beiden Festlegungen Bushof und Personenunterführung werden die beiden Projekte verknüpft und eine Weiterentwicklung behördenverbindlich verankert.

Noch ein paar Anmerkungen zu den Projekten selber:

Zuerst das Positive: Die Überlegungen des Stadtrates sind für uns nachvollziehbar und machen weitestgehend Sinn.

- Mit der Neuorganisation des Bushofes werden z. B. die Umsteigewege und Umsteigezeiten verkürzt.
- Oder dank der Tieferlegung der Bahnhofstrasse wird ein direkter und barrierefreier Zugang vom Bushof zur Personenunterführung ermöglicht.
- Weiter ist die Ausrichtung auf den Fuss- und Veloverkehr klar erkennbar: So ist eine verbreiterte Unterführung geplant, um eine komfortable Nord-Süd-Verbindung für Fussgänger und Velofahrer herzustellen. Fussgänger und Velofahrer sind in der Unterführung getrennt, womit Konflikte reduziert werden. Auch ist eine genügend hohe Anzahl von Veloabstellplätzen, nahe der Personenunterführung vorgesehen.
- Alles in allem wird eine ÖV-Drehscheibe mit hoher städtebaulicher Qualität, hoher Funktionalität und Leistungsfähigkeit angestrebt.

Nun zu unseren Bedenken resp. Einwendungen:

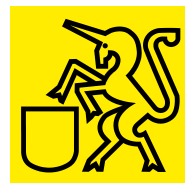
- Jedoch bedauern wir die Überbauung des gesamten Baufeldes B. Es handelt sich dabei um die grüne Wiese westlich des Bushofs zu der auch ein Teil der Parzelle Nr. 16'711 gehört, die im Eigentum der Stadt liegt. Mit der Überbauung des Baufelds B wird auch der letzte grüne cm2 südlich des Bahnhofs zubetoniert, obwohl dieses Gebiet für den Bau oder die Funktionalität des neuen Bushofs eigentlich gar nicht gebraucht würde. Wir fragen uns, ob wirklich keine bessere Alternative als die komplette Überbauung des Baufeldes B möglich ist.
- Zudem ist es unabdingbar bei der Umsetzung der Projekte Sorgfalt walten zu lassen, um das angestrebte Ziel, eines Bahnhofs als attraktiven Umsteigepunkt, mit guter Ambiance, Begegnungszonen, hoher Aufenthaltsqualität etc. zu verwirklichen. Wir fragen uns, ob dies bei den aktuell knappen Ressourcen sichergestellt werden kann.
- Es besteht zusätzlicher Klärungsbedarf betreffend die Koordination mit dem Ausbauvorhaben der SBB, den Bahnhof Dübendorf um ein 4. Gleis zu erweitern.

Zu guter Letzt möchten wir uns beim Stadtrat und der Verwaltung für die detaillierten, umfassenden und aussagekräftigen Unterlagen bedanken."

Thomas Maier (glp/GEU)

"Sehr gerne möchte ich als Erstunterzeichner des bereits erwähnten Postulates rund um den Busbahnhof und im Namen unserer Fraktion noch ein paar Worte zum vorliegenden Geschäft sagen. Vielleicht vorneweg: Ja, wir unterstützen die Anpassung der Richtplanung und werden dem vorliegenden Geschäft zustimmen.

Zum Postulat: Wir bitten Sie unbedingt auch – wie von der KRL beantragt – der Aufrechterhaltung des Postulates zuzustimmen. Ich muss Ihnen wohl nicht den gesamten Inhalt des Postulates wiederholen. Wir haben bereits sehr lange Stellungnahmen zur Kenntnis nehmen dürfen, die über 1'000 Seiten des Stadtrates und inhaltliche Ergänzungen und Erwägungen durch unsere Verwaltung. Fakt ist wohl v.a. eines – und dazu genügt es, sich kurz die Begründung für das damalige Postulat in Erinnerung zu rufen – dass wir noch nicht am Ziel sind. Ich pikke nur 2,3 Beispiele heraus, das war im



Jahr 2009. Das ist jetzt 14 Jahre her. Damals hat man das Postulat mit der Verkehrssituation und der Gestaltung rund um den Bahnhof begründet, die damals bereits seit vielen Jahren immer wieder ein intensiv diskutiertes Thema war. Die grosse Anzahl der Busse zu Stosszeiten, die zu gegenseitiger Behinderung und auch zu Konflikten mit dem MIV führen. Wir haben auch heute schon von einem Vorredner von der verschärften Situation an der Ecke beim Restaurant Bahnhof durch die Neugestaltung der Fussgängerstreifen gehört. Man kann nicht witterungsgeschützt von den Bussen auf die Züge umsteigen. Wir haben mittlerweile ganz neu auch weitere provisorische Bauten, damit es den Pendlerinnen und Pendler nicht auf den Kopf tropft, wenn es regnet. Zumindest wenn man unten durch geht, wenn man oben entlang und zum Häuschen der Velostation geht, tropft es einem trotzdem auf den Kopf. Und wenn es dann noch geregnet und getropft hat und noch kalt ist, hat man auch noch eine riesige Eisfläche am Boden. Es ist – vorsichtig ausgedrückt – zunehmend immer noch mehr Flickwerk. Und man wird den Eindruck nicht los, dass leider, wenn man in Dübendorf aussteigt, man irgendwo in der Provinz gelandet ist. Wir haben eine Vielzahl an möglichen Lösungsschritten vorgeschlagen. Wir haben zwar noch kein Projekt, aber Ideen, wie man das alles lösen könnte. Ich muss dies nun nicht wiederholen.

Wo stehen wir heute? Wir entscheiden heute über eine Änderung im Richtplan, einen Strich, – das ist Wichtig und ein erster Schritt. Allerdings sind wir vor der, im Postulat geforderten, konkreten Lösung, wir haben es heute gehört, noch Jahre, viele Jahre, entfernt.

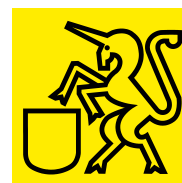
Aus unserer Sicht können wir das Postulat dann abschreiben, wenn wir über eine konkrete Vorlage, z.B. über die Umsetzung eines geplanten Busbahnhofs abstimmen und dann auch einen konkreten Zeitplan für die Umsetzung vorliegt. Nur schon bis dahin ist es noch weit.

Wir als glp tragen, im Grundsatz, die erwähnten Ideen, noch nicht das Projekt per se, für die Umsetzung des Busbahnhofs mit – soweit sie den Unterlagen zu entnehmen sind für diesen Richtplaneintrag. Natürlich sehen wir die grossen Herausforderungen für die Führung der Buslinien, optimale Umsteigemöglichkeiten und und und... Diejenigen, die jetzt bereits die Absenkung des Strassenniveaus kritisieren, fragen wir: Haben wir denn eine bessere Idee – die alle anderen, komplexen Anforderungen und Ansprüche (Behindertengerecht, kurze Umsteigezeiten, keine Umwege für Busse und damit höhere Betriebskosten, die Rahmenbedingungen der SBB etc., um nur einige zu nennen) abdecken?

Wir wünschen uns:

- Die Rahmenbedingungen (v.a. mit den SBB) noch einmal zu "challengen", auch dass man nochmals das Gespräch sucht und auf die schwierige Situation von der Stadt Dübendorf her mit den engen Verhältnissen hinweist. Vielleicht gibt es doch noch günstigere, oder sogar optimalere Möglichkeiten, was beispielsweise die Anzahl Geleise oder die bereits erwähnte recht unglücklich geplante Veloverbindung betrifft.
- Falls es bei der Absenkung der Strasse bleibt, ist uns als zweiter Wunsch auch wichtig, ein Fertigdenken aus der Sicht der Stadtplanung und zwar so, dass es nicht beim ersten Haus nach dem Restaurant Saal / Bahnhof bei der Bettlistrasse das Denken aufhört, sondern bis zum Ende der Bettlistrasse gedacht wird. Eine gesamtheitliche Lösung. Und vielleicht als Idee noch, um auch die kritischen Stimmen, die gekommen sind, aufzunehmen: Wieso können wir in der heutigen Zeit nicht eine Virtual Reality-Lösung, 3-D-digitale Sicht, der ganzen Situation kreieren und zur Verfügung stellen, sodass wir alle uns wirklich vorstellen und wenigstens virtuell anschauen können, wie es dann aussieht? Das müsste doch heute, im Jahr 2023, mit all den technologischen Möglichkeiten gehen. Liessen sich nicht so auch div. Bedenken auffangen? Oder vielleicht fänden wir so sogar noch die eine oder andere elegante Verbesserung im digitalen Raum, bevor es nachher physisch wird und man viel Geld für den Bau des Busbahnhofs ausgibt.

Und zum Abschluss ein wichtiger Wunsch von meiner Seite: Bitte arbeiten Sie zügig weiter, im Stadtrat und in der Verwaltung, in die richtige Richtung. Die Situation am Bahnhof ist einer Stadt wie Dübendorf wirklich nicht mehr würdig. Persönlich habe ich dann als aktiver Pendler auch noch eine Chance, die neue Infrastruktur zu geniessen. Wir hätten dafür – vorausgesetzt das Pensionsalter ändert sich nicht mehr - noch 17 Jahre Zeit. Das scheint Ihnen viel? Warten wir es ab."



Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Da es zu den ersten vier Beschlussziffern keinen Änderungsantrag gibt, schlägt die Gemeinderatspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP) vor, über diese pauschal abzustimmen. Zu Beschlussziffer 5, Aufrechterhalten oder Abschreiben des Postulats Thomas Maier und 14 Mitunterzeichnende "Verkehrssituation beim Bahnhof Dübendorf", liegen unterschiedliche Anträge von Stadtrat und KRL vor. Darüber wird anschliessend separat abgestimmt.

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

Der Gemeinderat stimmt den Beschlussziffer 1-4 betreffend Teilrevision Kommunalen Richtplan «Verkehr» und Aufhebung «Teilrichtplan für das Bahnhofgebiet» zwecks neuem Bushof und Verbreiterung Personenunterführung Bahnhof Dübendorf mit 33 zu 1 Stimmen zu. Er beschliesst ausserdem das Postulat Thomas Maier und 14 Mitunterzeichnende "Verkehrssituation beim Bahnhof Dübendorf" mit 34 zu 0 Stimmen weiterhin aufrechtzuerhalten.

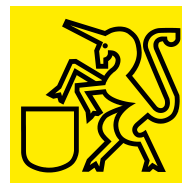
Beschluss

1. Die Teilrevision des kommunalen Richtplans Verkehr, bestehend aus dem Situationsplan Mst. 1 :5000 vom 20. Mai 2022, wird festgesetzt.
2. Der Teilrichtplan für das Bahnhofgebiet, vom Gemeinderat festgesetzt am 18. März 1996 und vom Regierungsrat am 24. September 1997 genehmigt, wird aufgehoben.
3. Dem Bericht zu den Einwendungen gemäss § 7 Abs. 3 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) wird zugestimmt.
4. Der Erläuterungsbericht gemäss Art. 47 der Raumplanungsverordnung (RPV) wird zur Kenntnis genommen.
5. Das überwiesene und aufrechterhaltene Postulat Thomas Maier und 14 Mitunterzeichnende "Verkehrssituation beim Bahnhof Dübendorf" wird weiterhin aufrechterhalten.
6. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

5. **Parlamentarische Initiative Orlando Wyss (SVP) «Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates» / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 3/2023**

Gemeinderatspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP)

Die neue Geschäftsordnung des Gemeinderates sieht das Instrument der Parlamentarischen Initiative vor – kurz als PI bezeichnet. Bei der vorliegenden Initiative handelte es sich somit um die erste eingereichte PI im Gemeinderat seit vielen Jahren. Es gab bereits vor einigen Jahren, zu Zeiten der New Public Management-Verwaltungsführung in Dübendorf, die Möglichkeit PIs einzureichen.



Art. 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung sieht vor, dass das erstunterzeichnende Ratsmitglied die PI im Gemeinderat mündlich begründet. Wenn 14 Ratsmitglieder die PI unterstützen, wird diese einer Kommission zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.

Stellungnahme Erstunterzeichnender Orlando Wyss (SVP)

"Da die PI nicht eingeblendet ist, lese ich sie Ihnen kurz vor:

Die Geschäftsordnung des Gemeinderates vom 7. März 2022 soll folgendermassen abgeändert werden:

- Artikel 57, Absatz 2: Das Büro des Gemeinderates oder der Gemeinderat können traktandiierte Geschäfte, welche einen Sachzusammenhang aufweisen, gemeinsam beraten lassen. Die Beschlussfassung erfolgt, sofern es sich um ein Beschlussgeschäft handelt, in der Regel getrennt.
- Bisheriger Artikel 57, Absatz 2 wird zu Absatz 3. Bisheriger Artikel 57, Absatz 3 wird zu Absatz 4.
- Antrag auf Zuweisung an die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK.

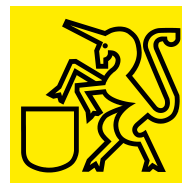
Eine Vorbemerkung habe ich zu dieser beantragten Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Obwohl es mit dieser Änderung zu einer Effizienzsteigerung beim Ratsbetrieb kommen wird, bin ich absolut nicht der Auffassung, dass die Effizienz eines der wichtigsten Themen sein sollte, welche den Parlamentsbetrieb betrifft. Doch wenn man mit einer Massnahme die Qualität, die Abläufe und Organisation einer parlamentarischen Debatte verbessern und sogar eine Effizienzsteigerung bewirken kann, ohne dass Rechte und Möglichkeiten der Parlamentsmitglieder beschnitten werden, dann sollte man dies machen. Der Text der Parlamentarischen Initiative ist eigentlich klar. Darum habe ich auch keine Begründung mitgeliefert, weil der Antragstext selbsterklärend ist. Darauf gekommen bin ich bei den traktandiierten Interpellationen von Julian Croci im Dezember 2022, zwar erst im Februar 2023 behandelt, welche zwei gleiche übergeordnete Themen, aber mit unterschiedlichen Unterthemen zum Inhalt hatten. Die Titel lauteten: Strom- und Gasmangellage – Massnahmen der Stadt sowie Strom- und Gasmangellage – Soziale Folgen. Ich bin schon seit längerer Zeit im Kantonsrat tätig und weiss, wie dort mit diesem Thema umgegangen wird. Wir hatten erst vor zwei Wochen einen Antrag aus dem Parlament, welcher forderte, zwei traktandiierte Geschäfte mit gemeinsamer Beratung zu behandeln. Dies wurde diskussionslos genehmigt. Denn es macht Sinn, zwei Geschäfte, welche den gleichen Hintergrund haben, auch in der Debatte zusammen zu diskutieren. Über die Geschäfte abgestimmt – sollte es eine Abstimmung brauchen – wird natürlich separat. Mir ist klar, dass wir eine solche Situation, bei der gemeinsame Beratung der Geschäfte Sinn machen, im Gemeinderat Dübendorf eher selten auftritt. Doch wie es der Zufall so will, hatten wir dies bei uns bei der Februar-Sitzung und jetzt auch in der März-Sitzung. Denn heute sind zwei Parlamentarische Initiativen traktandiiert, welche auch beide miteinander hätten behandelt werden können, aber über beide separat abgestimmt werden muss. Lassen wir uns doch von der Arbeit des Kantonsrates positiv inspirieren. Denn was dieser seit viel längerer Zeit als wir in Dübendorf erfolgreich praktiziert, kann nicht so schlecht sein. In diesem Zusammenhang möchte ich noch erwähnen, dass ich vor etwa zehn Jahren den äusserst speziellen Umgang mit Interpellationen, welchen wir in Dübendorf pflegten, mit einem Antrag an das Büro des Gemeinderates so abändern konnte, wie er heute ist und auch den Gepflogenheiten des Kantonsrates entspricht. Nochmals zum Schluss. Es geht hier nicht in erster Linie um Effizienz, denn diese ist nicht das Erstrebenswerteste in einem Parlamentsbetrieb. Doch wenn gute Lösungen auch noch effizienter sind, gibt es keine vernünftigen Gründe, um dagegen zu sein. Darum bitte ich euch, dieser Parlamentarischen Initiative zuzustimmen."

Der Stadtrat verzichtet auf eine Stellungnahme.

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung



Mit 34 Stimmen hat die Parlamentarische Initiative Orlando Wyss (SVP) «Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates» die notwendige Unterstützung von mindestens 14 Ratsmitgliedern erhalten und wird der GRPK zur Berichterstattung und Antragsstellung überwiesen.

**6. Parlamentarische Initiative Orlando Wyss (SVP) «Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats – Geschäftszuweisung» / Begründung und Überweisung
GR Geschäft Nr. 4/2023**

Stellungnahme Erstunterzeichnender Orlando Wyss (SVP)

"Auch hier lese ich zunächst schnell den Text vor, damit alle wissen, um was es geht:

Die Geschäftsordnung des Gemeinderates vom 7. März 2022 soll folgendermassen abgeändert werden:

- Artikel 44 Absatz 2: Unterstützen 14 Gemeinderatsmitglieder die Initiative, überweist der Gemeinderat diese einer Kommission oder dem Büro des Gemeinderates zur Berichterstattung und Antragsstellung,
- Antrag auf Zuweisung an die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK.

Im Zusammenhang mit meiner eingereichten Parlamentarischen Initiative über die Möglichkeit der gemeinsamen Beratung von Geschäften habe ich in der ersten Fassung meines Vorstosses keinen Hinweis gemacht, wer diese PI behandeln sollte. Für mich war eigentlich klar, dass dies das Büro des Gemeinderates sein sollte, da dieses Gremium für den Ratsbetrieb zuständig ist. Wir haben im Dübendorfer Ratsbetrieb das grosse Glück, dass wir mit Edith Bohli eine absolute Koryphäe als Ratssekretärin haben, welche ihr Metier absolut im Griff hat. Sie wies mich darauf hin, dass ich die PI mit einer Zuweisung an eine Kommission beantragen müsse. Sie hat dies auch mit Recherchen beim Gemeinderat Zürich noch bestätigt, weil es dort schon solche gegeben hat. An dieser Stelle mein Dank an die super Arbeit, welche unsere Ratssekretärin tagtäglich leistet. Ich habe mich dann natürlich mit diesem Artikel auseinandergesetzt. Hier sind nur ständige Kommissionen vorgesehen. Also entweder an die GRPK, an die KRL oder vielleicht noch an die KSG. Mir war sofort klar, dass keine dieser Kommissionen Sinn macht. Die richtige Stelle, welche sich mit der Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates und mit der Organisation des Ratsbetriebes auseinandersetzen muss, ist das Büro des Gemeinderates. Ich hatte bei diesem Zeitpunkt nur die Möglichkeit, die Behandlung meiner Parlamentarischen Initiative der GRPK zuzuweisen, da dies mir noch am sinnvollsten erschien. Doch wenn Parlamentarische Initiativen den Ratsbetrieb zum Thema haben, müssen wir nicht die GRPK damit behelligen, weil diese Kommission sich schon mit genügend Themen auseinandersetzen muss, sondern das Gremium, welches explizit für Fragen des Parlamentsbetriebes kompetent ist. Aus diesen Gründen bitte ich euch, dieser Parlamentarischen Initiative zuzustimmen."

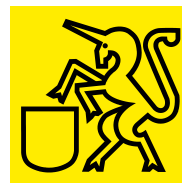
Der Stadtrat verzichtet auf eine Stellungnahme.

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Mit 34 Stimmen hat die Parlamentarische Initiative Orlando Wyss (SVP) «Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates - Geschäftszuweisung» die notwendige Unterstützung von mindestens 14 Ratsmitgliedern erhalten und wird der GRPK zur Berichterstattung und Antragsstellung überwiesen.



Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände eingebracht.

Gemeinderatspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechts-sachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP)

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 20. März 2023 die Traktandenliste für die nächste Gemeinderatssitzung vom 3. April 2023 festlegen.

Damit ist die 7. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2022-2026 geschlossen.

Schluss der Sitzung: 20:27 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Edith Bohli
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Cornelia Schwarz
Gemeinderatspräsidentin